

Für Frieden und Freundschaft! Wir grüßen Wageningen! Voor vrede en vriendschap! Wij groeten Wageningen!



Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf faßte, gegen den entschiedenen Widerstand der CDU, den Beschluß mit der niederländischen Stadt Wageningen eine Partnerschaft für den Frieden einzugehen.

Mit diesem Beschluß, den wir außerordentlich begrüßen und an dessen Durchsetzung wir mitgearbeitet haben, wird ein hoffnungsvolles Zeichen gesetzt.

Im Stadtverordneten-Beschluß heißt es u. a.:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Mörfelden-Walldorf sieht auch in der kommunalen Friedensarbeit und dem nationalen wie internationalen Austausch von Städten einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Sicherung des Friedens.

Die Stadtverordnetenversammlung ist beeindruckt von dem eindeutig erklärten Willen der niederländischen Gemeinde Wageningen nach einer ‚Partnerschaft für den Frieden‘. Wir danken dem Gemeinderat von Wageningen als einer Gemeinde, der vom deutschen Hitler-Regime besonders Elend und Leid gebracht wurde, für dieses Partnerschaftsangebot und sehen dies als ein ermutigendes Zeichen der Annäherung der Bevölkerung unserer Städte.

Wir wissen diesen Schritt ganz besonders zu achten und zu würdigen, als in Wageningen die Kapitulationsurkunden unterzeichnet wurden. Die Erinnerung an die schreckliche und unfaßbare Zeit wird mahndend mit den alljährlichen Feierlichkeiten zum Jahrestag der Kapitulation des Faschismus nicht nur in Wageningen als Unterzeichnungsort, sondern in den ganzen Niederlanden begangen.

Die Stadtverordnetenversammlung unterbreitet mit dem Willen um eine ‚Partnerschaft für den Frieden‘ den Wunsch, das uns mögliche dazu beizutragen, daß es nie wieder Krieg zwischen unseren und anderen Völkern komme möge.

Die Stadtverordnetenversammlung wünscht sich und hofft sehr, daß aus den bereits bestehenden herzlichen Kontakten, die zwischen Bürgern beider Kommu-

nen schon bestehen, eine tiefe Freundschaft entwickelt werden kann. Diese bereits bestehenden Kontakte zwischen Kommunalpolitikern und den Friedensinitiativen sollten über alle Parteigrenzen hinaus breit in die Bevölkerung unserer Städte getragen werden.“



Die DKP und die Jungen Pioniere
veranstalten am
14. September 1985
ein Kinderfest

Mit vielen Spielen, einem Flohmarkt, Essen und Trinken.
Also: Termin vormerken!!!!



Der Dregger aus Walldorf

Eigentlich ganz „normal“ wie sich dieser Mann produziert, hörte ich vor kurzem. Die Rede war von Hugo Jung, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Stadtparlament und jüngster Direktor der Farbwerke Hoechst AG.

Wenn man es so sieht, gut – er ist Farbwerks-Vertreter, Kapital-Vertreter, er vertritt natürlich keine Arbeiterinteressen. Er kann auch nicht die Interessen von Umweltschützern vertreten – auch klar. „Normal“ halt.

Aber schon nicht mehr normal ist, wie sich dieser Mann in der Stadtverordnetenversammlung produziert.

Jüngstes Beispiel, die Debatte um die Friedenspartnerschaft mit Wageningen.

Sein Auftreten hat hier die Grenzen des Erträglichen längst überschritten. Die Jung-Sprüche sollte man aufschreiben: „Ich bin ein stolzer Antikommunist!“, „Ich bin stolz im freiesten Land der Welt zu leben!“ (Ronald Reagan läßt grüßen!)

Schlimm auch seine Unterstellungen, Verdrehungen: „Friedenspartnerschaft mit Wageningen ist nichts anderes als parteipolitische Agitation!“

Manchmal muß man sich fragen, wie lange die Mandatsträger dies ertragen können – bei der letzten Jung-Rede gingen viele zum Rauchen ins Bürgerhaus-Foyer (eine Lösung auf Dauer ist das sicher nicht).

Na gut, könnte man sagen, Jung ist nicht die hiesige CDU. Stimmt. Aber von der Fraktion macht eh' kaum einer den Mund auf. Dafür hat man ja den Hugo Jung, den kleinen Dregger aus Walldorf. Er vergiftet das Klima im Stadtparlament, provoziert mit seinen reaktionären Aussagen lange Debatten und lähmt das Stadtparlament dem dann die Zeit fehlt, sich ausführlich um örtliche Dinge zu kümmern.

Natürlich, die Sprüche gehen ihm flott über die Lippen, seine Anhänger jubeln – aber das hatten wir schon oft in der Geschichte. Bleibt die Frage, was treibt den Hugo Jung? Einmal hatte er Ambitionen für den Bundestag. Das ist offenbar endgültig passé.

Gibt's andere Gründe? Einer meinte im Bürgerhaus: „Auch kleine Kröten haben Gift“. Vielleicht hängt's daran. Kenn' sich einer aus in der Psychologie des Menschen.

Rudi Hechler

Initiative C-waffenfreie Zone

Vernunft und Realismus führen zum Erfolg

Wir begrüßen außerordentlich die bedeutungsvolle gemeinsame Initiative der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Schaffung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa.

Neben den atomaren und bakteriologischen Waffen bilden gerade die chemischen Waffen eine ständige Gefahr, auch in Friedenszeiten.

Die Giftgas-Funde aus dem 1. Weltkrieg an den Grenzen Walldorfs sprechen schließlich eine deutliche Sprache. Und nach wie vor weiß man in unserer Stadt nicht, was im US-Depot im Oberwald gelagert ist. Gründe genug, die Initiative der SPD/SED zu begrüßen.

Die chemischen Massenvernichtungswaffen sind neben den in der Bundesrepublik stationierten US-amerikanischen atomaren Mittelstreckenraketen eine ständige Gefahr für Sicherheit und Leben der Bürger der Bundesrepublik und der Nachbarvölker. In einer Zeit voller Spannungen und Gefahren für Frieden und Sicherheit sind die Ergebnisse der Beratungen von Expertengruppen der SPD und der SED, sind das gemeinsame Kommuniqué und der erarbeitete „Rahmen für ein Abkommen zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa“ außerordentlich wichtige Schritte für Frieden und Sicherheit, für den Kampf um Entspannung, Abrüstung und Vertrauen.

Die von den Arbeitsgruppen von SPD und SED erarbeiteten Vorschläge sind darauf gerichtet, aus unserem Land, in dem die meisten Massenvernichtungswaffen lagern, chemische Massenvernichtungswaffen zu verbannen, Europa und schließ-

lich die ganze Welt von diesen barbarischen Massenvernichtungswaffen zu befreien. Die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone, die zunächst die Bundesrepublik, die DDR und die ČSSR umfaßt, würde mit Sicherheit auch die Genfer Verhandlungen über ein weltweites C-Waffen-Verbot fördern, würde dem wahnsinnigen Rüstungswettlauf entgegenwirken und auch dazu beitragen, ein günstiges Klima für die Verhinderung der lebensbedrohenden Militarisierung des Weltraums zu schaffen.

Die gemeinsame Initiative von SPD und SED beweist, daß sachlicher politischer Dialog, daß Vernunft und Realismus positive Ergebnisse im Interesse der Friedenssicherung und der Völker möglich machen. Die erfolgreichen Beratungen sind um so höher zu bewerten, als SPD und SED unterschiedliche Weltanschauungen vertreten und in Staaten wirken, die verschiedenen Bündnissen angehören.

28. und 29. September 1985

Frauenfestival der DKP

Bürgerhaus und Fachhochschule in Frankfurt am Main, Nordwest-Zentrum

Unbedingt den Termin schon mal freihalten für ein Festival, das mit Kultur, Politik und Aktion die Meinung der DKP zu den vielfältigen Problemen der Frauen in unserem Land vermittelt.

Arbeitsgruppen – Workshops – Lesungen – Musik
Essen und Trinken – Filme – Songs – Podiumsdiskussion – Tanz
usw. usw. usw.



Skandalöser Luxus der Bosse

Jeder kennt die großen Sprüche der Minister und der Industriemanager von der Notwendigkeit, zu sparen. Im Interesse des Ganzen sollen radikale Kürzungen des sozialen Besitzstandes hingenommen und der Abbau des Lebensstandards akzeptiert werden. Diejenigen, die öffentlich Wasser predigen, trinken in Wahrheit, wie eh und je, heimlich Wein.

Gerade in den letzten Jahren nimmt der pompöse Luxus der Reichen und Superreichen immer empörendere Formen an.

Wir zitieren aus dem „Zeit-Magazin“, Nr. 18 vom 26. April 1985. Bei der Hamburger „Zeit“ handelt es sich bekanntlich um eine Zeitung des Kapitals und des Großbürgertums.

Über den Luxus der Reichen in ihren Badezimmern heißt es wörtlich: „Da gibt es Schwämme, echte, möglichst vom Meeresgrund ins Bad geholt, zwei Hände groß und 400 Mark teuer.

Da gibt es winzige Kugeln, gefüllt mit Badeöl von Nerz oder Schildkröte, für 10 Mark das Stück. Silberne Seifenschalen und vergoldete Wasserhähne, die haben dann die Form eines Fisches oder einer Kobra, eines wellenreitenden Amors oder eines flügel-schlagenden Schwanen. Kostenpunkt gut und gern 4.000 Mark.“

„Am wichtigsten aber sind die Wannen, sie heißen Abida oder Bangkok, Samba oder Salome, haben 6 oder 8 Unterwassermassagedüsen, aus denen auf Wunsch auch Kohlensäure blubbert, sind mit Fliesen oder Marmor verkleidet, mit gehämmerten Stahlplatten oder Teppichböden, sind rund, eckig oder sonstwie geformt. Manche groß wie ein Schwimmbad und teuer wie ein Automobil.

Da gibt es Waschbecken, die Waschtische heißen, für 1.500 Mark, Onyx-Bidets für 5.000 Mark, Toiletten für 10.000 Mark, Kristallspiegel für 6.000 Mark, beheizte Boden- und Deckenleuchten, Fliesen und Musikberieselung, Colani-Urinal- und handgemach-

te Zahnputzbecher, da kann man summa summarum auf 200.000 Mark kommen.“

Gewöhnlicher Kapitalismus

Natürlich findet sich in der Hamburger „Zeit“ kein Hinweis darauf, wer den Luxus der Reichen und der Superreichen bezahlt. Letzten Endes leben und prassen sie alle nur durch die Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten. Denn die schaffen alle Werte. Und die Besitzer der großen Produktionsmittel, der Fabriken und des Grund und Bodens, eignen sich an, was andere erarbeiten. Das ist gewöhnlicher Kapitalismus.

Und während die Reichen reicher werden, sinkt der Lebensstandard der Millionen, startet das Großkapital Angriff auf Angriff auf die erkämpften Rechte und Errungenschaften der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften.

Angesichts dieser Tatsachen gilt die Lösung: Wer sich gegen soziales Unrecht nicht wehrt, lebt verkehrt!

Unser „blickpunkt“-Tip

der
bp
tip

Ausschneiden
und
sammeln!

Rentenversicherung bei Ferienjobs

Immer mehr Schüler und Studenten sind darauf angewiesen, mit einer zeitweisen oder andauernden Nebentätigkeit Geld zu verdienen. Müssen von diesen Beträgen eigentlich Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden?

● Wer **ausschließlich** in den Semesterferien bzw. in den Schulferien arbeitet, muß keine Beiträge zur Rentenversicherung zahlen, und zwar **völlig unabhängig davon, wieviel er in dieser Zeit verdient**. Das gilt auch, wenn bei Studenten die Beschäftigung länger als zwei Monate dauert; sie muß allerdings allein auf die vorlesungsfreie Zeit beschränkt sein.

● Wenn **Schüler** über die Ferien hinaus arbeiten wollen, bleiben sie versicherungsfrei, wenn sie innerhalb eines Jahres nicht länger als zwei Monate oder 50 Arbeitstage jobben.

Versicherungsfrei bleibt auch, wer zwar eine länger-dauernde Arbeit hat, aber weniger als 14 Stunden pro Woche beschäftigt ist und nicht mehr als 400 DM im Monat verdient.

Alle, die bei einem höheren Verdienst als 400 DM monatlich länger als zwei Monate oder 50 Arbeitstage beschäftigt sind, müssen auf jeden Fall Versicherungsbeiträge zahlen.

● Bei **Studenten** verhält es sich etwas anders. Wer während des Semesters Geld verdient, um sein Studium zu finanzieren, ist nur dann versicherungsfrei, wenn er nicht mehr als 20 Wochenstunden nebenher arbeitet. Das gleiche gilt auch, wenn das Arbeitsverhältnis nur vorübergehend und von vornherein auf zwei Monate oder 50 Arbeitstage befristet ist.

In jedem Fall muß bei Ferienjobs oder längerdauernder Beschäftigung eine Steuerkarte angefordert werden. Außerdem sollte man sich sicherheitshalber bei der zuständigen Krankenkasse erkundigen, ob Rentenversicherungsbeiträge fällig werden oder nicht.

Welch schöne Worte sprach Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung im Oktober 1982! Er versprach uns Kraft seines Amtes und seiner Politik eine „Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“ und führte wörtlich an: „Wir wollen weder eine Ellenbogengesellschaft des Kapitalismus noch eine Ellenbogengesellschaft des Sozialismus“. Dabei versteht unser Bundeskanzler vom Sozialismus so viel wie von vielen anderen Dingen.

Was sich seit dem Beginn der „Wende“ vor 2 1/2 Jahren alles zutrug an Skandalen und Affären, ist derart vielgestaltig, daß keine Langeweile aufkommt. Da ist fast jeder Minister dieser Regierung „aufgefallen“. Sei es Schwarz-Schilling mit seiner Kabelfabrik und dem Werk „Sonnenschein“, das laut Gerichtsbeschluß wegen Mißachtung des Umweltschutzes teilstillgelegt wird, sei es Minister Wörner mit der Kiesling-Affäre, oder Lambsdorff in der Flick-Schmiergeldgeschichte. Jüngstes Beispiel ist der Rücktritt des Regierungssprechers Boenisch, der den Staat, den er zu repräsentieren vorgibt, um Steuern beschissen hat. Wohlgemerkt, das ist nur eine kleine Auswahl der Ungeheuerlichkeiten dieser Regierungsmannschaft und nur die Spitze des Eisberges.

Die Bürger werden geschöpft

Viel schlimmer als diese Skandale ist die Politik, die seit 2 1/2 Jahren be-

trieben wird. Keine soziale Leistung ist bisher unangetastet geblieben; jeder Bürger hat Einbußen hinzunehmen. Jeder Bürger? Nein! Während die kleinen Leute den Gürtel enger schnallen müssen, explodieren die Gewinne der Unternehmer. Ohne auch nur den allerkleinsten Eindruck eines schlechten Gewissens aufkommen zu lassen, wurde die gigantische Umverteilung von unten nach oben, von vielen Kleinen auf einige wenige Große in Gang gesetzt.

Die Schwächeren mußten opfern und opfern, während den Reichen Geschenke gemacht wurden. Die soziale

Weniger Urlaubsgeld

Durch eine Änderung der Berechnungsgrundlage erhalten heute viele Arbeitnehmer netto weniger Weihnachts- und Urlaubsgeld als vor der Wende, es sei denn, sie verdienen über 5.200 DM.

Weniger Mutterschaftsgeld

Früher erhielten Mütter nach der achtwöchigen Schutzfrist monatlich 750 DM Mutterschaftsgeld. Jetzt wurde dies um 32 % zusammengestrichen auf 17 DM pro Tag und maximal 510 DM pro Monat. Das macht bei einer vollen Inanspruchnahme von vier Monaten eine Kürzung von 960 DM aus (von 3000 auf 2040 DM).

Weniger Krankengeld

Das Krankengeld wurde bisher nach Ablauf der Lohn- und Gehaltsfortzahlung beitragsfrei ausgezahlt. Nun wird es Dank der Wende zu Beiträgen der Renten- und Arbeitslosenversicherung herangezogen. Einer Arbeitnehmerin mit 1500 DM netto wird nach der sechswöchigen Lohnfortzahlung das Krankengeld Monat für Monat um 173,25 DM gekürzt.

Gerechtigkeit kam dabei unter die Dampfwalze.

Jüngstes Beispiel ist der Stahlkonzern Hoesch: Schamhaft hat man auf Intervention von Bangemann im letzten Jahr auf eine Dividendenzahlung verzichtet, weil man im selben Jahr noch Subventionen für die „notleidende Stahlbranche“ in Millionenhöhe kassiert hat. Nun will man aber die Aktionäre „bedienen“. Kein Wunder bei Geschenkgeldern des Bundes, weniger Beschäftigten und gestiegenem Umsatz.

Wichtige und in jahrzehntelangem Kampf der Arbeiterbewegung errunge-

Geringere Renten

Und selbstverständlich wurden auch die Rentner nicht vergessen: ihre Rente konnte bereits im vergangenen Jahr nur noch auf Pump ausgezahlt werden, im Herbst 1985 wird es zu einer Wiederholung dieses unwürdigen Zustandes kommen trotz verschobener Rentenerhöhungen, trotz der Rentnerbeiträge zur Krankenversicherung und der anderen Maßnahmen, die das Rentenniveau gegenüber dem bisherigen Recht um 8 % gesenkt haben. Bei einer Rente von 1500 DM bedeutet dies monatlich 120 DM weniger.

Der Kinderzuschuß zur Rentenversicherung wurde durch das niedrigere Kindergeld ersetzt. Eine Rentnerin mit Kind erhielt früher zu ihrer Rente einen Kinderzuschuß von 152,90 DM. Das nun gezahlte Kindergeld für das erste Kind in Höhe von 50 DM bedeutet eine monatliche Einbuße von 102,90 DM.

Bei Neueintritt in die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente gibt es diese nun nur noch, wenn der oder die Betroffene in den zurückliegenden 60 Monaten mindestens 36 Kalendermonate versicherungspflichtig beschäftigt war. Über die Hälfte der Frauen wird damit künftig keine Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente erhalten können, es sei denn, sie zahlen freiwillig den Mindestbeitrag von 87 DM im Monat.

Getäuschte Rentnerinnen

Der „Kollege“ Blüm hat eine Reform der Hinterbliebenenversorgung mit einem sogenannten Einkommensanrechenmodell vorgelegt, das alle Hoffnungen von Witwen auf eine Verbesserung ihrer Lage zerschlägt. Und auch das zunächst versprochene sogenannte Kindererziehungsjahr ist eine einzige Täuschung der Rentnerinnen. Die heutigen Rentnerinnen sollen dabei vollkommen leer ausgehen, obwohl gerade diese Generation ihre Kinder unter besonders schwierigen Bedingungen großgezogen hat.

tungen von Kabinett und Kapital

ne Schutzrechte der Arbeitnehmer wurden abgebaut und ausgehöhlt. Arbeitnehmerinteressen werden von dieser Regierung mit Füßen getreten. Und im Bereich der Sozialpolitik? CDU, CSU und FDP haben hier in ebenfalls noch nie dagewesener Art und Weise Mehrbelastungen und Leistungskürzungen vorgenommen. Denn

Aushöhlung der Betriebsratsarbeit im Betrieb, sei es die „Einheitsgrundrente“, sei es die Abkopplung vom Tariflohn, die Streichung von Urlaub für ehemalige Arbeitslose...

abbau (z.B. Nichtbesetzung von Stellen durch Altersabgänge). Widerstand und Aufklärung aber vor allem gegen die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die Rechtlosigkeit schaffen und die Ausbeutung verschärfen, und schließlich Kampf gegen den Abbau von Sozialleistungen des Staates.

Rudolf Dötsch

Weniger Arbeitslosengeld

Früher und damit vor der Wende haben alle Empfänger von Arbeitslosengeld 68 % ihres zugrundeliegenden Nettoarbeitsentgeltes erhalten. Die Arbeitslosenhilfe betrug 58 %. Nun wurde für Leistungsbezieher ohne Kinder das Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld auf 63 % gekürzt und die Arbeitslosenhilfe auf 56 %.

Jugendlichen, die unmittelbar nach Abschluß ihrer Ausbildung arbeitslos werden, wird das Arbeitslosengeld nun nicht mehr nach 75 %, sondern nur noch nach 50 % des zuvor erzielten Arbeitslohnes berechnet.

Durchlöcherter Jugendschutz

Was die Bundesregierung einen „Abbau ausbildungshemmender Vorschriften“ nannte, war ein Abbau ausbeutungshemmender Vorschriften des Jugendarbeitschutzgesetzes.

Wie begegnet man der Krise?

Neuerliches Beispiel ist das Infragestellen der Arbeitslosenzahlen. Trotz des höchsten Arbeitslosenstandes seit Bestehen der Bundesrepublik (und das noch während der Hochkonjunkturphase) entschließt man sich in Bonn nicht zu einem Beschäftigungsprogramm. Verläßt sich auf Appelle und „Gesundbeten“.

Entlassungen erleichtert

Mit dem sinnigerweise zum Tag der Arbeit 1985 in Kraft gesetzten sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz wurden Entlassungen großen Umfangs erleichtert. Mit dem gleichen Gesetz wurde der Sozialplan in seinen wichtigen Zügen beerdigt.

Unsichere Sozialpläne

Ein Unternehmer mit 500 Beschäftigten wird nun „nur“ noch knapp 60 Arbeiter „freisetzen“, weil erst ab dieser Zahl der Sozialplan künftig vorgeschrieben ist.

Gefahr durch Konkurs

Nach der bisher gültigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes lag im Falle eines Konkurses die Chance der Arbeitnehmer bei rund 95 %, ihre Lohnansprüche aus der Konkursmasse erfüllt zu bekommen. „Kollege“ Blüm + Co haben sie auf 40 % gesenkt.

diese Regierung kennt keine soziale Gerechtigkeit.

All dies sind nur einige Beispiele der „Unsozialpolitik“. Die Liste ließe sich noch beliebig verlängern. In den Schubladen der Ministerien lagern aber noch schlimmere Pläne. Sei es nun die

Einziges Mittel gegen diese „Wende“-Politik ist der aktive politische Kampf. Widerstand gegen Abbau von Sozialleistungen in den Betrieben, gegen Entlassungen und schleichenden Stellen-

Die Wende

Na endlich, Arbeitslosigkeit wird jetzt durch Rationalisierung bekämpft, die Atomkriegsgefahr durch Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen, Hunger und Analphabetentum durch radikale Kürzungen der Sozialausgaben, und Feuer löscht man mit Benzin.

Die Gefolterten sind schuld an Folterungen, Antifaschisten am Faschismus und Pazifisten an den Kriegen.

Die CDU ist eine christliche Partei und die Polizei Dein Freund und Helfer. Es gilt wieder das Grundrecht auf den gezielten Todesschuß. Immerhin, bei uns darf jeder sagen was er soll.

Die Friedensbewegung ist eine sogenannte. Helmut Kohl ist für den Frieden. Ronald Reagan ist für den Frieden. Sogar Strauß ist für den Frieden, und die Erde ist eine Scheibe.

Unternehmer müssen jetzt mehr Verantwortung tragen. Arbeiter müssen mehr Einsparungen tragen. Die Wende ist da. Geistig-moralisch und freiheitlich-demokratisch. Na endlich.

„Frankfurter Neue Presse“

„Wenn Sie links von der CDU stehen, werden Sie hier nicht überleben!“

In unserer Stadt heißt die „Neue Presse“ „Tages-Anzeiger“. Von „Überparteilichkeit“, „Objektivität“ gibt es darin keine Spur. Ob mit „Neue Presse“- oder „Tages-Anzeiger“-Kopf — es ist ein CDU-Blatt. Und auch die örtlichen Berichte sind „schwarz“ eingefärbt. Wir können davon ein Lied singen!

Jüngstes Beispiel: Meisterschaftsfeier der Fußballer, alle Parteien gratulieren im Festzelt, natürlich auch die DKP. Über alle Parteien-Glückwünsche wird im „Tages-Anzeiger“ berichtet, nur über die DKP nicht! Zufall? Wie es in der „Neuen Presse“ zu geht, darüber folgender Bericht.

Der fühlbare Druck begann nach jener denkwürdigen „großen“ Redaktionskonferenz Ende 1984, als der aus dem Haus Springer in Berlin zur „Rettung“ der Frankfurter Neuen Presse (FNP) herbeigeeilte Dieter Rusche die Lösung ausgab: In fünf Jahren sind wir entweder die Nummer 1 der Frankfurter Lokalzeitungen oder die FNP wird eingestellt! Den Redaktionen wurde klargemacht, daß es nur an ihnen liege, die Zeitung aus der Talsohle herauszuholen. Zitat aus den unteren Reihen: „Also die 50- statt der 40-Stunden-Woche!“

Je näher der hessische Kommunalwahlkampf rückte, desto chaotischer und panischer wurden die Anordnungen der stellvertretenden Chefredaktion. Schließlich mußte jede 10-Zeilen-Meldung, in der der Name des Frankfurter SPD-Oberbürgermeisterkandidaten Hauff auftauchte, von den Redakteuren der verschiedenen Ressorts zur Begutachtung in die Interims-Chefredaktion gebracht werden. Gleiches galt für anstehende Wahlkampf-Termine. Während CDU-Kandidat Wallmann täglich mehrmals in Bild und Text im Blatt auftauchte, wurden Hauff-Aussagen und -Pressekonferenzen als „Wahlkampf“ abgetan. Die Kommentare jener Zeit sprachen sich.

In Einzelgesprächen mit der Chefredaktion wurde Redakteuren die politische Position der „Neuen Presse“ noch einmal überdeutlich gemacht: „Wenn Sie links von der CDU stehen, werden Sie politisch hier nicht überleben.“

Die Kommunalwahlen sind vorüber — das Mißtrauen, die strikten Anweisungen von oben ohne Argumentationsmöglichkeit von unten sind geblieben. Inzwischen verlassen mehr und mehr qualifizierte Journalisten die FNP. Gesucht werden neue für fast alle Ressorts. Es bestehen Befürchtungen, daß ihre hervorstechenden Eigenschaften Windschlüpfrigkeit, Oberflächlichkeit und die einzig wahre politische Gesinnung sein werden.

PS: Die „Frankfurter Neue Presse“ ist seit Beginn dieses Jahres ohne Chefredakteur, nachdem der bisherige Amtsinhaber seine Position „in gegenseitigem Einvernehmen“ abgegeben hatte. Geleitet wird die Redaktion seit dem von den beiden stellvertretenden Chefredakteuren Bürkle und Cappel. Den geschäftsführenden Gesellschafter des Societäts-Verlags, der die FNP herausgibt, Dieter Rusche, nennen die Kollegen allerdings im internen Sprachgebrauch den „Ober-Chefredakteur“.

Förderstufengesetz verabschiedet

Wir begrüßen die Verabschiedung des Förderstufenabschlußgesetzes durch den hessischen Landtag.

Es ist ein ermutigendes Indiz für die Möglichkeiten einer politischen „Mehrheit links von der CDU“, daß sich SPD und Grüne auf parlamentarischer Ebene zusammengefunden haben, um eine von Gewerkschaften, Elternorganisationen, Schülerververtretungen, auch von Sozialdemokraten, Kommunisten und Grünen seit langem geforderte einheitliche flächendeckende Förderstufe für alle hessischen Kinder gesetzlich zu verankern.

Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem demokratischen Schulsystem, dessen Ziel darin bestehen sollte, allen Kindern und Jugendlichen eine gleichermaßen qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten.

Die Rechtskräfte — allen voran die CDU und die konservativen Eltern- und Lehrerverbände, die Unternehmerorganisationen und ihre publizistischen Hilfstruppen — werden gegen die flächendeckende Förderstufe Sturm laufen. Der von diesen Kreisen in die Welt gesetzte Ausdruck vom „neuen Bürgerkrieg“ gibt einen Vorgeschmack auf das, was von ihnen zu erwarten sein wird, und zeigt darüber hinaus, in welchen Kategorien diese Herrschaften zu denken gewohnt sind. Deshalb kommt es jetzt entscheidend darauf an, die parlamentarische Absicherung der flächendeckenden Förderstufe auch real umzusetzen.

1. Die Landesregierung muß umgehend die großzügige, an den pädagogischen Zielen orientierte materielle, finanzielle und personelle Ausstattung der flächendeckenden Förderstufe vornehmen. Dazu gehört vorrangig:
 - in der Regel nur 20 Schüler pro Förderstufenklasse, prinzipiell nicht mehr als 25 Schüler;
 - umfassende Stützurse und andere erforderliche Fördermaßnahmen;
 - die sofortige Einstellung aller dafür benötigten Lehrkräfte und sozialpädagogischen Kräfte;
 - die Sicherung und geeignete Ausstattung von Räumlichkeiten;
 - geeignete Unterrichtsmaterialien in ausreichendem Umfang.
2. Die Landesregierung muß den von den Rechtskräften — etwa der CDU in Frankfurt/Main — angekündigten Versuch, das rechtmäßig vom hessischen Parlament beschlossene Gesetz zu unterlaufen und zu sabotieren, mit allen erforderlichen Mitteln umgehend unterbinden.

Die bereits vorbereitete und eingeleitete Hetzkampagne der Rechtskräfte gegen die demokratische flächendeckende Förderstufe in Hessen wird dann erfolgreich abgewehrt werden können, wenn in alle Maßnahmen des Aufbaus und in alle Fragen der aktiven Verteidigung dieser Stufe die Schüler, die Eltern, die Lehrer, ihre Vertretungsorgane und Organisationen, vor allem die Gewerkschaften, aber auch die politischen Kräfte links von der CDU einbezogen werden.

In dieser Phase des Kampfes um die Herausbildung einer demokratischen einheitlichen Schule, die in Zukunft die optimale Förderung aller Kinder und Jugendlichen ermöglichen kann, können Sozialdemokraten und Grüne mit der Unterstützung der DKP rechnen, wenn sich ihre Politik und ihre konkreten Aktivitäten an den Interessen der Kinder der arbeitenden Bevölkerung orientieren.

Friedl Kuspert

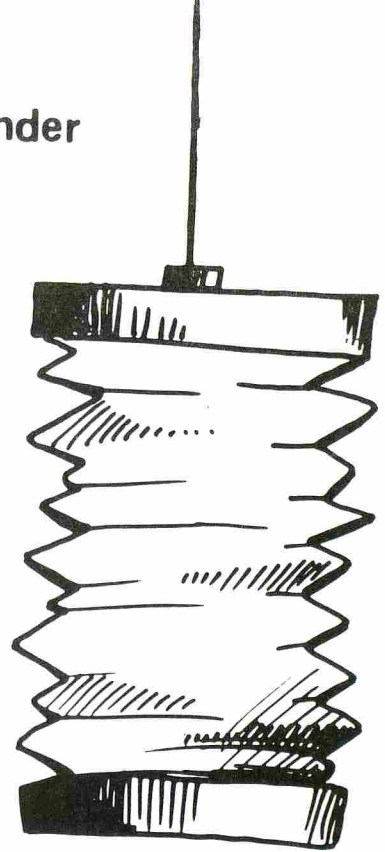
In der Deutschen
Kommunistischen
Partei ist die alte
Tradition der
Arbeiterbewegung
lebendig. Jeder
Groschen für die
Parteiarbeit muß
zusammengetragen
werden.

Alle
unsere Mitglieder
nehmen Spenden
entgegen.

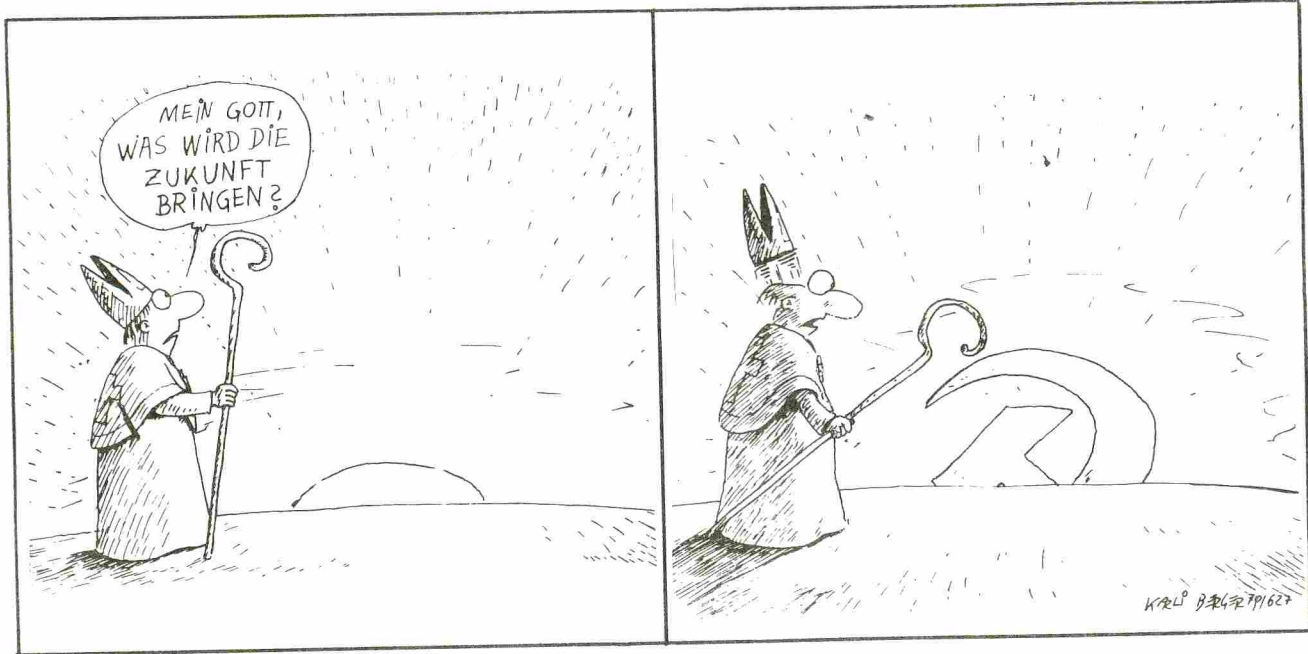
Unterstützt die
Arbeiterpartei
DKP!

Grillfest der DKP

Gegrilltes
Spiele für Kinder
Soljanka
20. Juli 1985
14.00 Uhr
Kultur
Fotoausstellung – Politik
Im Hof des „Goldenen Apfels“
Tombola
Bier vom Faß



**Wir laden die Bevölkerung
von Mörfelden-Walldorf
herzlich dazu ein!**



Mörfelden gestern

Ein stattlicher Jahrgang von Konfirmanten, vor der vor einigen Jahren abgerissenen Scheune hinter dem Pfarrhaus in der Langgasse. Für 90 Kinder, 36 Mädchen und 54 Buben, begann damals ein neuer Lebensabschnitt. Das Jahr, indem das Bild aufgenommen wurde und auch der Jahrgang, ist uns nicht bekannt. Es muß aber noch vor 1898 gewesen sein, denn in der Mitte steht Pfarrer August-Wilhelm Eberwein, von 1878 bis 1898 Pfarrer in Mörfelden. Nach Pfarrer Eberwein wurde auch die Eberweinstraße benannt. Interessant ist die fast einheitliche Kleidung. Alle jungen Männer mit dunklem Anzug, Fliege und Hut bzw. „Hartmann“. Das Kränzchen auf dem Kopf der jungen Damen, der Hut und das Sträußchen am Revers der Jünglinge, war damals Pflicht.